



Die eingeschworene Gemeinschaft der „Erbsenzähler“

- Von Bettina Hagedorn -

Als Schmöker unterm Weihnachtsbaum taugt das neue Zahlenwerk für den Haushalt 2008 wahrlich nicht, und kaum einer käme auf die Idee, beim Blättern durch die langen Zahlenkolonnen an nervenaufreibende Verhandlungen nach Mitternacht, hektisch anberaumte Vieraugengespräche und ungezählte leere Kaffeetassen zu denken.

Die 2500 Seiten mit den 6681 Ein- und Ausgabeteilen würden den meisten Menschen ein herzhaftes Gähnen entlocken – und doch steckt hinter den schnöden Zahlen geballte politische Brisanz und unglaublich viel Arbeit. Ob der Arbeitsminister neue Programme für Langzeitarbeitslose auflegen, der Bund den Ausbau der Kinderkrippen finanziell unterstützen oder das Bafög



Bettina Hagedorn (rechts) mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und ihrer Haushaltsausschusskollegin Petra Merkel

erhöhen kann – das entscheidet sich von September bis November im Haushaltsausschuss.

Schon im „Normalfall“ hat keine Tagesordnung im Haushaltsausschuss weniger als 40 Punkte, die Sitzungen dauern jede Woche sechs bis acht Stunden. Nachdem die Regierung ihren Haushaltsentwurf für das kommende Jahr Anfang September in erster Lesung im Bundestag öffentlich vorgestellt hat, beginnen bis zur zweiten und dritten Lesung Ende November allerdings die so genannten „Haushaltswochen“ mit Ausschusssitzungen zweimal wöchentlich, teilweise 12 bis 14 Stunden täglich in Marathonqualität. Mitglieder im Haushaltsausschuss benötigen daher vor allem „Sitzfleisch“, gepaart mit Konzentrations- und einer gewissen Leidensfähigkeit. Statt Müdigkeit gilt: Akribie ist Pflicht! Schließlich „jongliert“ der Haus-

haltsausschuss mit Mitteln der Steuerzahler, für die er die Verantwortung übernimmt. Im Haushalt 2008 sind es 283,2 Milliarden Euro, die wir „unter die Lupe genommen“ haben.

Sobald das Kabinett im Juli den Regierungsentwurf beschlossen hat, wird dieser „scheibchenweise“ an die zuständigen Haushälter verschickt – auf mehr als

Akribie ist Pflicht

2500 Seiten finden sich 194 Kapitel mit 368 Titelgruppen. Die Etats der Ministerien, des Verfassungsgerichtes, von Bundestag und Bundesrat, von Bundeskanzlerin und Bundespräsident heißen im Fachjargon „Einzelpläne“. Es gibt 22 Einzelpläne und 41 Mitglieder aus allen fünf Fraktionen im Haushaltsausschuss, die sich als Berichterstatter arbeitsteilig „ihrem“ Haushaltsplan widmen. Der aufgeschriebene Etatentwurf 2008 wiegt

insgesamt 5,7 Kilogramm. Allein „mein“ Teil des Innenministeriums hat die Stärke eines Telefonbuchs und ist ein Schwerpunktepapier, das ausführlich die Ausgabenpläne des Innenministeriums und seiner 18 Bundesbehörden für das nächste Jahr darstellt. Zwar ist dieser Textteil anschaulich – spannender aber ist der Haushalt selbst, denn Zahlen lügen nicht: Wo sind Schwachstellen? Wo ist „Luft“? Wo sind Ausgaben geplant, deren Umfang „vernebelt“ werden soll? Wo kann man den „Rotstift“ ansetzen, um Geld für eigene Schwerpunkte „freizuschaueln“? Haushälter müssen neben dem Verständnis für das Zahlenmaterial manchmal den Spürsinn eines Detektivs und viel Hartnäckigkeit an den Tag legen.

Haushälter sind nicht unbedingt beliebt – eher gefürchtet. Unter Fraktionskollegen gelten wir als „Erbsenzähler“, die uneinsichtig auf dem Geld sitzen, während die Fachpolitiker ihre guten Ideen ohne das nötige Kleingeld nicht verwirklichen können. Wenn die Steuerquellen sprudeln, haben es Haushälter besonders schwer – für jeden frischen Euro gibt es mindestens drei verschiedene Vorschläge, wie dieser auszugeben sei. An die Schaulustigen von der Verantwortung für die nächste Generation will dann niemand erinnert werden! Im Haushaltsausschuss jedoch herrscht ein tiefes Bewusstsein für die Notwendigkeit des sparsamen Umgangs

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Tagesmütter bleiben zu nächst steuerfrei **Seite 2**
- Bundeshaushalt 2008 **Seite 3**
- Die Afghanistan-Frage **Seite 4**
- Landesminister Döring zu Gast **Seite 5**
- Kritik an MdB-Rentenregelung **Seite 6**
- Mikrokredite für Existenzgründer **Seite 7**
- Landesgruppe sprach mit Carstensen **Seite 8**
- Modellprojekt „Gesunde Arbeit Segeberg“ **Seite 9**

- Fortsetzung von Seite 1 -

mit den Steuergeldern und mitunter eine Art „Wagenburg-Mentalität“ gegenüber der Spendierfreude aller Fachpolitiker und der Regierung. Das führt zu einem besonderen „Korpsgeist“ – über alle Parteigrenzen hinweg duzt man sich und nach mancher konfliktreichen Debatte wird noch ein Bier oder Wein zusammen getrunken. Und das geschieht – wie schon in Bonner Tagen Tradition - in der so genannten „Papierkneipe“ - Registratur des Ausschusses, wo Dokumente und Unterlagen gestapelt sind.

Gefürchtete Macht

Zwischen Haushaltsausschuss und Regierung gibt es „Spielregeln“. Dazu gehört u.a., dass bei besonderen „Knackpunkten“ oder den Haushaltsberatungen die Minister und Ministerinnen höchstpersönlich anrücken müssen. Die meisten tun das gerne und mit Engelsgeduld – selbst wenn sie manchmal lange vor der Tür auf ihren „Auftritt“ warten müssen.

Die Macht der Haushälter ist gefürchtet, weil das Gremium auch das laufende Ausgabenjahr unter seiner ständigen Kontrolle hat und die Freigabe von gesperrten Mitteln oft genug an knallharte Bedingungen knüpft. Schon in Bonn war es darum Tradition, dass die politische Führung sich nach Abschluss der Haushaltsberatungen für die geleistete Arbeit „bedankt“. So war der komplette Haushaltsausschuss mit Peer Steinbrück und führenden Mitarbeitern kürzlich im Kanzleramt bei Angela Merkel zum Abendessen. ... War auch ganz nett!

Tagesmütter für ein weiteres Jahr steuerfrei

Auch im kommenden Jahr müssen die von den Kommunen geförderten Tagesmütter und Tagesväter ihre Einkünfte nicht versteuern. In letzter Minute stoppten die Länderfinanzminister die Neuregelung, die vorsah, dass künftig alle Tagesmütter – die privaten und die staatlich geförderten - Geld ans Finanzamt abführen sollen.

Bis Ende 2008 gilt weiterhin, dass Tagesmütter und -väter zwar die von den Eltern erhaltenen privaten Betreuungsgelder versteuern müssen, nicht aber die Aufwandsentschädigung, die sie von ihrer Kommune bekommen.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück folgte der Bitte nach einem Aufschub, und wir kommen unserem Ziel, dem geplanten Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige, wieder einen Schritt

näher. Bis 2013 sollen insgesamt 750 000 Betreuungsplätze geschaffen werden. 30 Prozent davon sollen auf Tagesmütter entfallen. Wäre das Gesetz jetzt nicht verschoben worden, hätten viele der rund 30.000 staatlich geförderten Tagsmütter wegen ihrer Kranken- und Sozialversicherung nicht mehr genug verdient.

Perspektivisch muss es die Anerkennung der Tagesmutter als Berufszweig ge-

ben, wobei auf Qualitätssicherung in Form einer anerkannten Aus- oder Weiterbildung geachtet werden muss. Bis Juni 2008 wird eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern eine Lösung finden, die die Tagespflege finanziell nicht schlechter stellt. *Sönke Rix*



Verbesserung der Integrationskurse für Zuwanderer

Mit dem Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung wurde im Jahr 2005 erstmals die Integration von Ausländern systematisch geregelt. Im Zentrum der Integrationsmaßnahmen stehen die Integrationskurse. Sie sollen ausreichende Sprachkenntnisse und auch Grundkenntnisse der Rechtsordnung, Geschichte und Kultur Deutschlands vermitteln. Eine vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Evaluation der Kurse hat ergeben, dass sich die Kurse bewährt haben, aber noch zu wenig Teilnehmer das gewünschte Sprachniveau erreichen. Das können wir uns nicht leisten, denn Sprache ist der Schlüssel zur Integration.

Deshalb wurde zum einen eine Erhöhung der Haushaltsmittel um 14 Mio. Euro auf rund 155 Mio. Euro beschlossen. Zum anderen hat die Bundesregierung am 21. November 2007 eine Änderung der so genannten Integrationskursverordnung beschlossen.

Um den Erfolg der Sprachkurse zu verbessern, soll die Gesamtstundenzahl der Kurse flexibler gestaltet werden. So sind für diejenigen, die langsam lernen oder die einen anderen besonderen Förderbedarf haben, z.B. Alphabetisierungs-

kurse mit bis zu 900 Stunden und auch Wiederholungsmöglichkeiten vorgesehen. Für die „Schnelllerner“ gibt es Intensivkurse mit 430 Stunden. Gleichzeitig ist eine Verringerung der Teilnehmerzahl geplant, um die Kurse effektiver zu machen.

Zur Steigerung des Kurserfolges soll es außerdem finanzielle Anreize geben. Teilnehmer, die innerhalb von zwei Jahren nach Ausstellung der Teilnahmeberechtigung den erfolgreichen Abschluss des Kurses nachweisen, erhalten die

Hälfte ihres Kostenbeitrages zurück.

Die Verbesserung der Integrationskurse und die Erhöhung der Mittel sind positive Zeichen, aber wir dürfen nicht dabei stehenbleiben. Integration kommt nicht von selbst, sondern erfordert harte Arbeit über eine lange Wegstrecke. Sie geht uns alle an. *Dr. Michael Bürsch*

Impressum:
Herausgeber:
 Dr. Ernst Dieter Rossmann
 MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein
Redaktion & Layout:
 Nadine Brockmann
 Landesgruppenbüro:
 PLH, 7.144, 11011 Berlin
 Tel.: 030/227-75318
 Mail: sh-Ig.spd@bundestag.de
Schlusskorrektur:
 Kai Mühlstädt
 Büro MdB Dr. Bartels

Bundeshaushalt 2008 - klares Plus für Schleswig-Holstein

Gute Nachrichten für Schleswig-Holstein: In den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr gibt es einige beachtliche Erfolge für den Norden zu verzeichnen. Die maritime Ausbildung wird endlich gestärkt, ein in Schleswig-Holstein bereits erfolgreiches Konzept der politischen Bildungsarbeit soll zum Exportschlager für das gesamte Land werden, und die Minderheitenförderung im deutsch-dänischen Grenzgebiet erfährt eine beachtliche Anerkennung.

800.000 Euro Startkapital für Maritimes Schulungs- und Trainingszentrum:

Bereits vor zwei Jahren hatte das Maritime Schulungs- und Trainingszentrum der Bundespolizei in Neustadt seine Arbeit aufgenommen – doch noch im Oktober 2007 wartete das beim Bundesinnenministerium angesiedelte Zentrum auf die offizielle Unterschrift unter ein entsprechendes Konzept – und damit auf die Grundvoraussetzung für die notwendige Haushaltsmittelausstattung. Jetzt endlich erfolgte im Rahmen der Haushaltsberatungen die Bewilligung von 800.000 Euro sowie vier Fachlehrern zur personellen Verstärkung und Qualitäts-offensive in der Ausbildung. Hagedorn und ihre Bundestagskollegen aus Schleswig-Holstein bewerten dies als ein erfreuliches Signal für die Zukunftssicherung der maritimen Aus- und Fortbil-

dung, die nicht nur der Bundespolizei selbst, sondern auch Schiffsbesatzungen anderer Bundesministerien, von Landesbehörden und ausländischen Seebehörden zugute kommen soll.

200.000 Euro für bundesweite Ecopolicyade:

Seit 2004 üben sich Schleswig-Holsteins Schüler erfolgreich im Regieren – wenn

bislang auch nur im virtuellen Raum – und lernen auf diesem Weg, die komplexen Zusammenhänge zwischen Politik, Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zu verstehen. Nun ist der Weg frei, dieses erfolgreiche Konzept der „Ecopolicyade“ auch bundesweit an den Schulen zu etablieren. In den Haushaltsverhandlungen hat sich die SPD mit einer Erhöhung der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung um eine Million Euro durchgesetzt. 200.000 Euro davon sind zweckgebunden für die bundesweite Einführung der Ecopolicyade. Dem guten Beispiel schleswig-holsteinischer Schulen fol-

gend, soll künftig bundesweit die Computersimulation Ecopolicy als pädagogisches Element im Projektunterricht eingesetzt werden. In allen Bundesländern soll es Lehrerfortbildungen geben, so dass diese als Multiplikatoren wirken und weitere Wettbewerbe initiieren können.

100.000 Euro mehr für den Bund deutscher Nord-schleswiger:

Auch die deutsche Minderheit in Dänemark kann sich über eine Erhöhung ihrer Mittel freuen. Ein Plus von 100.000 Euro hat der Haushaltsausschuss dem Bund deutscher Nord-schleswiger (BdN) zugesprochen. Das Engagement des Bundes schafft eine wichtige Voraussetzung für gute Nachbarschaftlichkeit und das Zusammenwachsen Europas. Obwohl der Haushaltsentwurf Schäubles eigentlich eine Kürzung um 50.000 Euro vorsah, hat sich die SPD mit ihrem Antrag auf einen deutlichen Aufwuchs in der Minderheitenförderung durchgesetzt. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten sind sich einig, dass eine Kürzung politisch das falsche Signal gewesen wäre.



Foto: Oliver Mann

Bundeswehr bekommt 4 Mio. mehr

Die Haushaltsberatungen im Verteidigungsausschuss des Bundestages haben ergeben, dass die Bundeswehr 2008 für Baumaßnahmen an ihren Standorten in Schleswig-Holstein über 30 Millionen Euro ausgeben wird. Die größten Projekte sind das Marinearsenal in Kiel mit 6,1 Millionen Euro, die Schule „Strategische Aufklärung der Bundes-

wehr“ in Flensburg mit 5,5 Millionen und die Marineschule Mürwik mit 3,2 Millionen. Die Haushaltsmittel für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten summieren sich auf 31,8 Millionen Euro, das sind rund vier Millionen mehr als im Jahr 2007. Insgesamt geht es nächstes Jahr um 34 Baumaßnahmen im nördlichsten Bundesland.

Investitionen in Schiene und Straße

Für den Verkehrshaushalt 2008 stehen 650 Millionen Euro mehr an Finanzmitteln zur Verfügung als ursprünglich geplant. Dabei sollen 350 Millionen Euro in Schienenwege investiert werden. 300 Millionen Euro sind für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Autobahnen und Bundesstraßen vorgesehen.

Dadurch ergibt sich beim Straßenbau ein Investitionszuwachs von 4,1 Prozent. Die zusätzlichen Gelder fließen mit ein in den Investitionsrahmenplan, in dem die prioritär zu realisierenden Verkehrsprojekte aufgelistet sind. Die Länder können jetzt selbst bestimmen, welche Projekte von dem zusätzlichen Geld profitieren sollen.

Aktuelle Wasserstandsmeldungen aus Kiel

Wenn in diesen Tagen ein Landespolitiker die Landesgruppe Schleswig-Holstein in Berlin besucht, steht ein Thema ganz oben auf der Tagesordnung: die aktuellen Wasserstandsmeldungen in punkto große Koalition in Kiel. So auch bei dem Frühstück der Landesgruppe Ende November, bei dem der SPD-Fraktionsvorsitzende Lothar Hay zu Gast war.

„Der CDU-Parteitagbeschluss zur Kreisgebietsreform stellt die bisherigen Absprachen im Kabinett zu diesem Punkt in Frage“, berichtete Hay. Auch das Thema Schülerbeförderung werde mutmaßlich beim Koalitionsausschuss im

Dezember für Diskussionen sorgen.

Lothar Hay berichtete außerdem über die Beratungen in der Föderalismuskommission II, in der die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden sollen.

Die beiden Hauptthemen in diesem Gremium sind eine Neuregelung zur Schuldenbegrenzung sowie die Bewältigung der Altschuldenproblematik. „Die Position des Landes Schleswig-Holstein ist: Begrenzung der Schuldenaufnahme - ja, aber dann muss eine vernünftige Altschuldenregelung her“, sagte der Fraktionsvorsitzende.



Wolfgang Rüttgers, Lothar Hay und Franz Thönnies beim Landesgruppen-Frühstück

Dokumentation: Die Afghanistan-Frage & die Entscheidung im Bundestag

1. Auf ihrem Landesparteitag am 8.9.2007 in Kiel hat die SPD Schleswig-Holstein einen klaren Beschluss gefasst: Die Delegierten positionieren sich gegen eine Verlängerung des Bundeswehrmandates im Rahmen der OEF in Afghanistan und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, gegen eine Verlängerung des Mandats zu stimmen.

2. Nach intensiver Vorbereitung hat der Bundesparteitag am 27.10.07 einen mit sehr breiter Mehrheit gefassten Beschluss gefasst, der im Kern folgende Punkte beinhaltet: a) Priorität für die Ausbildung der afghanischen Armee und den Polizeiaufbau in Afghanistan; b) Organisation einer internationalen Afghanistan-Konferenz, die die bisherigen Erfolge und Defizite überprüfen soll; c) weitere Absenkung der OEF-Kontingente bei weiterer Stärkung von ISAF; d) Über-

prüfung der Mandatierung des OEF-Einsatzes durch einen eigenen Beschluss des UN-Sicherheitsrates; e) Bindung des OEF-Einsatzes an die Zustimmung der Afghanischen Regierung.

3. Im Antrag der Bundesregierung vom 7.11.2007 gibt es im Vergleich zu den sechs bisherigen OEF-Anträgen im Wesentlichen drei neue Akzente: a) Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur



wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. b) Ein Großteil der unter OEF in Afghanistan eingesetzten Soldatinnen und Soldaten ist mit der Ausbildung der afghanischen Armee befasst. Diese Entwicklung muss fortgesetzt werden mit der Aussicht, die in Afghanistan eingesetzten internationalen Streitkräfte künftig im Rahmen eines umfassenden Ansatzes noch stärker auf Sicherheitsunterstützung und Schaffung eigener Fähigkeiten auszurichten. c) Militärische Gewalt soll im Rahmen von OEF nur verhältnismäßig und mit Augenmaß eingesetzt werden.

4. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier hat in seiner Parlamentsrede zur Einbringung des Regierungsantrags am 8.11.07 in

der vom Parteitag beschlossenen Linie diese Punkte angesprochen und deutlich gemacht, dass Deutschland in den nächsten Monaten aktiv darauf hinwirken will, eine neue Strategie für Afghanistan zu entwickeln und eine aktive Rolle bei der Überprüfung einnehmen will. Er betonte, dass die Rechtsgrundlage für den OEF-Einsatz vorläufig weiter Artikel 51 der UN-Charter bleibt: „Trotzdem könnte ich mir vorstellen, dass die Mandatierung des OEF-Einsatzes durch einen eigenen Beschluss des Sicherheitsrates erfolgt. Wir werden mit unseren Partnern darüber sprechen.“

5. Im Lichte dieser Entwicklung hat dann die überwiegende Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion und auch die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein dem Antrag am 3.11.07 im Bundestag zugestimmt.

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Halbierung der Arbeitslosenzahl ist in Sicht

Da schmeckt das Frühstück doch gleich doppelt gut. - Bei seinem Besuch bei der Landesgruppe Schleswig-Holstein in Berlin hatte Landesarbeitsminister Uwe Döring viel Erfreuliches zu berichten.

Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein entwickelt sich sehr positiv. Im gesamtdeutschen Länderranking befindet sich SH inzwischen auf Platz fünf. Die Zahl der Arbeitslosen ist kürzlich erstmals unter die Grenze von 110.000 gefallen und beträgt derzeit 108.000. Innerhalb eines Jahres ist die Zahl um 40.000 gesunken.

Uwe Döring rechnet damit, dass nächstes Jahr die Zahl auf 100.000 gedrückt werden kann. Auch das Ziel von 90.000 - was der angestrebten Halbierung der Arbeitslosenzahlen entspre-

chen würde - hält er mittelfristig für realisierbar.

Gründe für die positive Entwicklung sieht Döring im konjunkturellen Aufschwung und der guten Arbeitsmarktentwicklung in Hamburg, von der Schles-

wig-Holstein profitiert. Ein gutes Zeichen ist nach Ansicht von Döring auch, dass erstmals mehr Vollzeit- als Teilzeitjobs neu entstanden sind. Auch ältere Arbeitslose werden zunehmend vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt erfasst.



Uwe Döring, seine Büroleiterin Katharina Kriston und Wolfgang Wodarg beim frühmorgendlichen Treffen der Landesgruppe

Persönliches Budget

Der 1. Januar 2008 ist ein guter Tag für behinderte Menschen in Deutschland. Am Neujahrstag 2008 startet der Rechtsanspruch zur neuen Leistungsform des Persönlichen Budgets. Die Leistungsempfänger können von den Rehabilitationsträgern auf Antrag anstelle von Dienst- oder Sachleistungen zur Teilhabe eine Geldleistung wählen. Hieraus bezahlen sie die Aufwendungen, die zur Deckung ihres persönlichen Hilfebedarfs erforderlich sind. Damit werden behinderte Menschen zu Budgetnehmern, die den „Einkauf“ der Leistungen eigenverantwortlich regeln; sie werden Käufer, Kunden oder Arbeitgeber. Sie entscheiden so selbst, welche Hilfen für sie am besten sind.

Pakt für ältere Beschäftigte soll weiter wirken

Es war im Vorsommer als Stephan Richter, Chefredakteur des shz-Verlages in Flensburg, die Anregung von SPD-MdB Franz Thönnies aufgriff, eine Initiative zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu starten. Die Idee des Parlamentarischen Staatssekretärs mündete schließlich in das Projekt „Arbeit mit Erfahrung“.

Richter und Thönnies gelang es, die wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Akteure in Schleswig-Holstein mit an Bord zu holen. So waren schließlich die Landesregierung, die Unternehmensverbände, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern des Landes, der DGB Nord und die Bundesagentur für Arbeit beim Startschuss im September mit dabei. Über zweieinhalb Monate erschienen im Mantelteil der Zeitung des shz-Verlages dienstags und samstags eine halbe oder ganze Seite mit Kommentaren, Informa-

tionen, Best-Practice-Beispielen und Berichten über die Integration Älterer im Betrieb. Dazu kamen Informationen über Fördermöglichkeiten und Unterstützungen. Schirmherr der Aktion war Franz Thönnies.

Integriert waren im Projekt zwei Regionalkonferenzen in Bad Oldesloe und Husum, eine Telefonaktion mit Experten, eine achtseitige Sonderbeilage sowie eine öffentliche Abschlussrunde in Flensburg im November. Thönnies: „Für mich war wichtig, dass wir vor dem Hintergrund der „Rente mit 67“ alles tun, dass Ältere

wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit erhalten.“ Dabei hilft natürlich gerade jetzt die gute Konjunktur. „Der Arbeitsmarkt von morgen braucht alle Generationen“, meint Franz Thönnies. Alle Betriebe müssten sich auf den demografischen Wandel einstellen. Nicht alle Förderprogramme des Bundes würden jedoch angenommen. „Keiner soll in fünf Jahren kommen und sagen, mir fehlen die Leute“, mahnte der Sozialdemokrat.

Dass ältere Arbeitnehmer eine Chance und ein Gewinn für viele Betriebe sind, zog sich als Plädoyer durch die Redebeiträge aller Teilnehmer der Abschlussveranstaltung. Mit dem Thema „Weiterbildung“ soll es nun weitergehen.

- Termin -

18.12.2007, 19 Uhr, Heide:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Jörn Thießen** lädt zu einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema **„Sport und Ehrenamt“** ein. Auf dem Podium: sein Kollege **Dr. Michael Bürsch**, Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag und **Wolfgang Beer**, 1. Vorsitzender des Kreissportverbandes Dithmarschen und Vorstandsmitglied des Landes-sportverbandes Schleswig-Holstein. Die Veranstaltung findet statt im Hotel Heider Hof. Informationen und Anmeldung im Berliner Büro von **Jörn Thießen** unter Tel. 030/227-73549 oder per E-Mail an joern.thiessen@bundestag.de.

Forschung im Aufwind

9,4 Millionen Euro gehen an Kieler Uni

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligte der Christian-Albrechts-Universität und dem Leibniz-Institut für Meereskunde (IFM GEOMAR) einen neuen Sonderforschungsbereich zum Thema „Klima - Biogeochemische Wechselwirkungen im tropischen Ozean, der mit 9,4 Mio. Euro gefördert wird. Mehr als 70 Kieler Wissenschaftler wollen die Sauerstoffverteilung des Ozeans erforschen.

Genetische Ursache von Herzinfarkten

Forscher der Universität Lübeck haben eine bahnbrechende Entdeckung gemacht: Sie spürten die genetische Ursache für Herzinfarkte auf. Für die größte bis dato veröffentlichte Studie dieser Art analysierten die Wissenschaftler die genetischen Daten von knapp 3.000 Infarkt-Risikopatienten und 4.500 gesunden Studienteilnehmern und stießen dabei auf gravierende Unterschiede im Erbgut. Das Forschungsprojekt ist weltweit das größte seiner Art und wird mit zehn Mio. Euro von der EU gefördert.

Magnesium-Wunder

Im Geesthachter GKSS-Zentrum entsteht für rund zehn Mio. Euro bis Ende 2008 das weltweit größte Zentrum für die Erforschung von Magnesium-Bauteilen - das MagIC. Das Bundesforschungsministerium stellt jetzt 3,2 Mio. Euro für eine Bandgussanlage zur Verfügung, für die eine Halle gebaut wird.

Gewerkschafter, Genossen und ein Rücktritt

Als die vier Gewerkschaftsjunioren aus Schleswig-Holstein am 12. November ihr fünftägiges Praktikum bei Sönke Rix, Wolfgang Wodarg, Franz Thönnies und Ernst Dieter Rossmann antraten, ahnten sie noch nicht, dass sie Zeuge einer ganz besonderen Bundestagswoche werden würden. Arbeitsminister Franz Müntefering trat am 13.11. zurück und sorgte damit nicht nur im politischen Berlin,

sondern auch im geplanten Programm der Gewerkschaftsjunioren für Wirbel. Die Gespräche mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und SPD-Fraktionschef Peter Struck kamen dennoch zu Stande. Außerdem begleiteten die Gewerkschafter die MdBs zu Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, um die Arbeitsweise des Parlaments kennenzulernen. Zeit für ein ausführliches Ge-

spräch nahm sich die Landesgruppe im Rahmen ihrer Frühstücksrunde. „Diese Erlebnisse und die neuen Kontakte sind positive Anknüpfungspunkte für die weitere Zusammenarbeit. Man gewinnt mehr Verständnis für die unterschiedlichen Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen. Das ist auch gut für die eigene Arbeit“, resümiert Melanie Meyer, DGB-Gewerkschaftsjuniorin.



Sönke Rix (li.) und Ernst Dieter Rossmann (re.) mit den Gewerkschaftern Gert Ziehmann, Sebastian Orth, Phillip Butkevicius und Melanie Meyer sowie Praktikant Fabian Paehr (v.li.n.r.).

Landesgruppe kritisiert MdB-Rentenregelung

„Der vorgelegte Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD zur Neuordnung der Diäten und der Altersversorgung von Bundestagsabgeordneten stellt unserer Ansicht nach noch keine zufriedenstellende Lösung dar. Wir hätten uns gerade bei der Altersversorgung größere Einschnitte gewünscht“, bewertet der Sprecher der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann die neue Regelung zur Diätenreform.

So kritisieren die neun schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten, dass der

höchste erreichbare Anspruch des monatlichen Altersbezugs mit 67,5 Prozent der Diäten weit über den 60 Prozent liegt, welche die SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen angestrebt hatte. Rossmann: „Es ist sehr bedauerlich, dass sich die CDU/CSU in dieser Frage nicht weiter auf uns zubewegen wollte.“

Auch hält es die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein nicht für richtig, dass Abgeordnete bei langer Parlamentszugehörigkeit schon mit 57 Jahren einen Anspruch auf Altersentschädigung haben. Alle

Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein haben sich aufgrund der Kritik an einigen Regelungen der Diätenreform bei der internen Abstimmung in der SPD-Bundestagsfraktion gegen das Gesetz ausgesprochen.

Die Landesgruppe Schleswig-Holstein geht davon aus, dass über den jetzt mit der CDU/CSU erreichten Kompromiss hinaus in der Zukunft weitere deutliche Änderungen bei der Altersversorgung vorgenommen werden. „Die jetzige Regelung kann lediglich ein Einstieg sein“, so Rossmann.

Mikrokredite für Existenzgründer in Flensburg

Mikrokredite zur Armutsbekämpfung in aller Welt - weshalb gibt es so etwas eigentlich nicht in Deutschland? Menschen, die nicht einmal ein Konto eröffnen können, geschweige denn einen Kredit erhalten, haben in Deutschland kaum eine Chance, aus eigener Initiative eine Existenz zu gründen. In Indien und Afrika erhalten sogar völlig mittellose Kunden ohne festen Wohnsitz diese Möglichkeit. Was können wir hiervon lernen? Waren nicht auch die Sparkassen, die Volks- und Genossenschaftsbanken einmal Institute der

Armutsbekämpfung und der Sicherheit für die „kleinen Leute“? Heute muss die Kommune Schuldnerberatung leisten, weil die Betreuung für Gründer kleiner Betriebe oft nicht ausreicht. Ich freue mich, dass die Flensburger Sparkasse gemeinsam mit der ARGE Flensburg und der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein GmbH ihre Fachkompetenz zusammenführen, um den Versuch zu gestalten, unterhalb des Niveaus von „Basel II“ und trotz „Schufa“-Blockaden kleine Initiativen Selbständiger auch finanziell zu un-

terstützen und so den Weg aus Schwarzarbeit und Arbeitslosigkeit zu erleichtern. Bei einem Besuch in der Zentrale der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fand die Initiative aus Flensburg so viel Beifall, dass sogar die Chefin Ingrid Mattheus-Meyer persönlich vorbeikam, um uns zu ermutigen und ihre Unterstützung zuzusagen. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass auch der schleswig-holsteinische Arbeitsminister Uwe Döring kürzlich seine grundsätzliche Unterstützung zugesagt hat.

Dr. Wolfgang Wodarg

Sicherheitspolitik trifft Westküste

„In Albersdorf und anderswo gibt es viele Menschen, denen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wichtig bleiben, auch wenn die Bundeswehr sich nun verabschiedet hat“, sagt Jörn Thießens, SPD-Bundestagsabgeordneter für Steinburg und Dithmarschen-Süd. Beim Abschiedsappell des ABC-Abwehrbataillons in Albersdorf hatte der Verteidigungspolitiker kürzlich angekündigt, sich um die Gründung einer Sektion der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) zu bemühen.

Im Januar 2008 soll es nun so weit sein. Thießens sucht daher in Albersdorf und dem gesamten Gebiet der Westküste nach sicherheitspolitisch Interessierten, die ihn bei der Gründung der GfW-Sektion unterstützen. Ehemalige Bundeswehrangehörige, politisch aktive Bürgerinnen und Bürger und sonstige an Sicherheitspolitik Interessierte melden sich in Thießens Melder Bürgerbüro, Telefon 04832/3038, oder per E-Mail an joern.thiessen@bundestag.de.



Flensburger Delegation bei der KfW in Frankfurt, v.l.n.r.: Dr. Wodarg, Frau Bukop-Runge, Herr Petersen (Flensburger Sparkasse) und die Spezialisten für Kleinkredite von der KfW.

Schleswig-Holstein vorne mit dabei im Exzellenzwettbewerb

Drei Säulen hat das staatliche Förderprogramm, um Spitzenforschung an deutschen Universitäten und damit internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken: die Kür zu Spitzen-Universitäten, Exzellenzcluster und Graduiertenschulen. Diese Förderung lassen sich Bund (75 %) und Länder (25 %) in den Jahren 2006 bis 2011 rund 1,9 Milliarden Euro kosten.

Gefördert werden in Schleswig-Holstein vier Projekte:

1. Der Kieler Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“ erhält 36,27 Mio. Euro für den Zeitraum von fünf Jahren.

2. Das Projekt „Entzündungsforschung“, zu dem sich 130 Wissenschaftler der Unis in Kiel und Lübeck sowie des Leibniz-Forschungszentrums Borstel (Kreis Segeberg) zusammengeschlossen haben. Untersucht wird, wie Haut und Schleimhäute bei Tier und Mensch sich gegen Infektionen schützen.

3. Die Kieler Graduiertenschule „Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften beschäftigt sich mit den Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt.

4. Die Lübecker Graduiertenschule „Computing in Medicine and Life Science“ befasst sich mit Forschung zwischen Medizin und Informatik und der Anwendung von Informatik in den Lebenswissenschaften.

Schleswig-Holstein liegt

nach der Zahl der geförderten Projekte sowie Förder volumina auf Platz sieben der Bundesländer. Die Kieler Universität hat im Fördervolumen einen zehnten Platz unter allen geförderten deutschen Hochschulen. „Dieser Erfolg zeigt, wie klare Schwerpunktbildung trotz eines unterdurchschnittlichen Forschungsetats zu international anerkannten Forschungsleuchttürmen führen kann“, sagt der SPD-Bildungspolitiker *Dr. Ernst Dieter Rossmann.*

Mittagessen mit Carstensen

Heide Simonis hatte es vorgemacht. Die fraktionsübergreifende Einladung der Ministerpräsidentin an alle Bundestagsabgeordneten Schleswig-Holsteins in Berlin war gute Tradition. Ministerpräsident Carstensen hat hieran jetzt angeknüpft. In einem sehr intensiven Gespräch im November kamen alle wesentlichen Themen auf den Tisch. Die Föderalismusreform II, die strukturelle Finanzsituation Schleswig-Holsteins, die Arbeitsmarktentwicklung, die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und darüber hinaus im gesamten norddeutschen Bereich waren die vier Hauptkomplexe, auf die sich Information und Diskussion der Landesregierung mit den Abgeordneten richteten.

Das Angebot, im neuen Jahr noch einmal intensiv über die Fragen eines so genannten Entschuldungsfonds und anderer Interessen Schleswig-Holsteins im Rahmen der Föderalismusreform II zu sprechen, nahm Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann sehr gerne an. Rossmann: „Speziell für Schleswig-Holstein und die norddeutschen Länder wird es darum gehen, eine breite Allianz von gleichen Interessen zu formieren.“

Um Zusammenarbeit ging es auch in der Aussprache zu den jüngsten Initiativen der Landesregierung in punkto Kooperationsfelder mit Hamburg. Die Landesgruppe der SPD äußerte den Wunsch, dass der Klimaschutz als ein Megathema speziell für Küstenländer mit in den gemeinsamen Arbeitskatalog aufgenommen werden sollte.

Diskussion über Armut und Reichtum



Gabriele Hiller-Ohm, Peter Deutschland, Wolfgang Spanier und Prof. Richard Hauser

Gemeinsam mit Wolfgang Spanier, dem stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ der SPD-Bundestagsfraktion, hatte Gabriele Hiller-Ohm Ende November zu einer „Fraktion-vor-Ort“-Veranstaltung in Lübeck eingeladen. Als fachkundige Gäste waren der Vorsitzende des DGB Nord Peter Deutschland, der renommierte Armutswissenschaftler Prof. Dr. Richard Hauser und der

sozialpolitische Sprecher des SPD-Bürgerschaftsfraktion Lübeck, Lienhard Böhring, mit von der Partie. Mit ihnen diskutierten rund 70 interessierte Bürgerinnen und Bürgern über geeignete Maßnahmen, welche helfen sollen, die Einkommens- und Vermögensschere wieder zu schließen, Armut zu bekämpfen und den gesellschaftlichen Reichtum gerechter zu verteilen.

Professor Hauser belegte anhand von Forschungsergebnissen, dass die Schere

zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinanderklafft. Wolfgang Spanier wies auf politische Handlungsperspektiven hin, die sich auch durch die Standpunktbestimmung der SPD nach dem letzten Parteitag ergeben.

Peter Deutschland zeigte sich erfreut, dass das Thema wieder breit diskutiert werde – nicht zuletzt deshalb, weil dadurch die Gewerkschaften Rückenwind bei Lohnforderungen bekämen.

Lauenburger und Stormarner in Berlin



Auf Einladung von Gabriele Hiller-Ohm und Franz Thönnies waren 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Lauenburg - Stormarn-Süd für drei Tage in Berlin auf einer Fahrt des Bundespresseamtes zu Gast. Hiller-Ohm und Thönnies betreuen den Wahlkreis 10, in dem es derzeit keinen SPD-Bundestagsabgeordneten gibt.

Thönnnes bringt Modellprojekt in den Norden

Schon in wenigen Jahren wird aufgrund der demografischen Umbrüche in vielen Betrieben die Mehrheit der Beschäftigten über 50 Jahre alt sein. Besonders bei kleinen und mittleren Betrieben könnten sich daraus Probleme ergeben, weil Personalausfälle aus gesundheitlichen Gründen nicht so schnell kompensiert werden können.

Das Sozialgesetzbuch IX sieht für alle Arbeitgeber vor, dass sie Beschäftigte, die länger als sechs Wochen am Stück krank sind, ansprechen und versuchen sollen, die Beschäftigung dieser Mitarbeiter zu sichern und eine Frühverrentung zu verhindern. Gerade Klein- und Mittelbetriebe haben aber oft das Problem, dass sie zu wenig über Prävention- und im Krankheitsfall über Rehabilitationsmöglichkeiten wissen. SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Thönnnes: „Ein neues Beratungskonzept soll diesen Unternehmen im Kreis Segeberg helfen, bei Gesund-



Franz Thönnnes informierte bei der Fachtagung zum Modellprojekt „Gesunde Arbeit Segeberg“ wichtige Multiplikatoren.

heitsproblemen im Betrieb die geeigneten Maßnahmen einzuleiten. Wir wollen helfen, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer zu erhalten. Das ist neben der „Initiative 50plus“ die andere Seite der Münze ‚Rente mit 67‘. Unser Anspruch ist: Gesund in Rente!“

Ziel ist es, mit allen Sozialversicherungsträgern und Dienstleistungsanbietern Vereinbarungen über eine strategische Partnerschaft zu schließen. Es ist eines

von bundesweit sechs Regionalprojekten zur Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen. Das Modellprojekt „Gesunde Arbeit Segeberg“ erhält für drei Jahre eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Eine Begleitforschung erarbeitet und überprüft Qualitätsstandards, damit derartige Einrichtungen bundesweit eingeführt werden können.

Engagierte MdBs

Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule der demokratischen Gesellschaft. Auch viele Bundestagsabgeordnete investieren zusätzlich zu ihren mandatsbezogenen Aufgaben Zeit und Kraft in Vereine und Verbände. Wofür in punkto bürgerschaftliches Engagement ihr Herz schlägt, verraten in dieser Ausgabe Dr. Hans-Peter Bartels, Gabriele Hiller-Ohm und Bettina Hagedorn.

Dr. Hans-Peter Bartels:

„Ich bin Mitglied des Kuratoriums der Jugendpresse Schleswig-Holstein, der Gewerkschaft Ver.di, der Arbeiterwohlfahrt, des Vereins ‚Arbeit für Behinderte‘, des Bundeswehr-Sozialwerkes, stellv. Vorsitzender des Vereins Berliner Republik und Mitherausgeber der gleichnamigen Zeitschrift sowie Mitglied des Fördervereins der Kieler Seemannsmission.“

Gabriele Hiller-Ohm:

„Ich bin Mitglied des Beirates des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt. Weitere Mitgliedschaften sind u. a.: Förderverein Lübecker Kindertagesstätten, Tierschutzverein Lübeck und Umgebung, Frauen helfen Frauen und Gemeinnütziger Verein Lübeck-Moisling/Genin und Umgebung.“

Bettina Hagedorn:

„Ich bin stellv. Vorsitzende des Vereins ‚Anny-Trapp-Preis‘ und Fördermitglied in 20 weiteren Vereinen, u.a. im Marie-Schlei-Verein, bei der AWO, der Eutiner Tafel, im Trägerverein Gedenkstätte Ahrensböök, bei der Kita ‚Flohkiste‘ und im Förderverein Jugendtreff Kasseedorf.“

- Newsticker - Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Mehr Personal in der WSV

Mit den Beschlüssen des Haushaltsausschusses stärkt der Bundestag die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Vor allem hinsichtlich der Personalausstattung hat es eine deutliche Verbesserung gegeben. So werden finanzielle Mittel für 20 neue Ingenieurstellen in der WSV bereitgestellt und zusätzlich 16 neue Ausbildungsstellen geschaffen. Damit sichert

der Bund die Leistungsfähigkeit des WSV für die Zukunft.

Mehrgenerationenhäuser

Aus unseren Städten und Gemeinden werden Mehrgenerationenhäuser bald nicht mehr wegzudenken sein. In Schleswig-Holstein ist in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt entweder ein Mehrgenerationenhaus schon etabliert oder es wird im kommenden Jahr eröffnet. Insgesamt

gibt es bereits acht, z.B. in Elmshorn, Schleswig und Flensburg. 2008 kommen acht weitere Häuser hinzu: in Brunsbüttel, Oldenburg, Kiel, Lübeck und Neumünster.

Seit dem Start des Programms im November 2006 wurden bundesweit 460 Mehrgenerationenhäuser in die Förderung aufgenommen. Insgesamt werden es bis zum Abschluss des Programms 500 sein. Die Fördersumme liegt bei 500 Millionen Euro.

Weihnachtsfeier unter den S-Bahn-Bögen



Sönke Rix (li.) und Franz Thönnies (re.) im Gespräch mit dem ehemaligen Leiter der Landesvertretung Schleswig-Holstein, Werner Schönborn.

Bereits zum zweiten Mal in Folge trafen sich die Abgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Restaurant HABEL im Regierungsviertel Berlins, um sich mit der Weihnachtsfeier für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2007 zu bedanken. Unter den S-Bahn-Bögen gab es Gelegenheit, auf die vergangenen Monate zurückzublicken, abseits des Büroalltags miteinander ins Gespräch zu kommen und neue Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen.

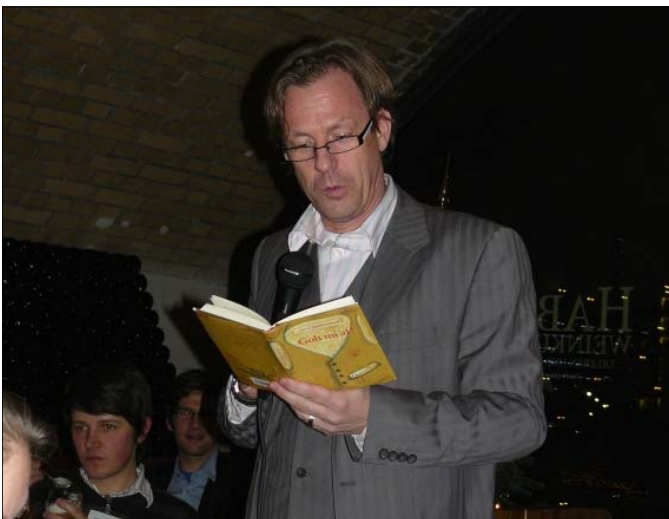
Natürlich war auch für Unterhaltung gesorgt. Jörn Thießen trug Geschichten vor und Wolfgang Wodarg erfreute seine Zuhörer mit Gesang und Gitarrenspiel. Für die Weihnachtsfeier im nächsten Jahr bekamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann gleich eine Aufgabe gestellt: „Ich schlage vor, nächstes Jahr macht Ihr das Programm!“ - Ein Wunsch, der durchaus legitim ist. Hatten doch die Abgeordneten bereits im vergangenen Jahr die „Bespäßung“ der weihnachtlichen Gesellschaft übernommen.



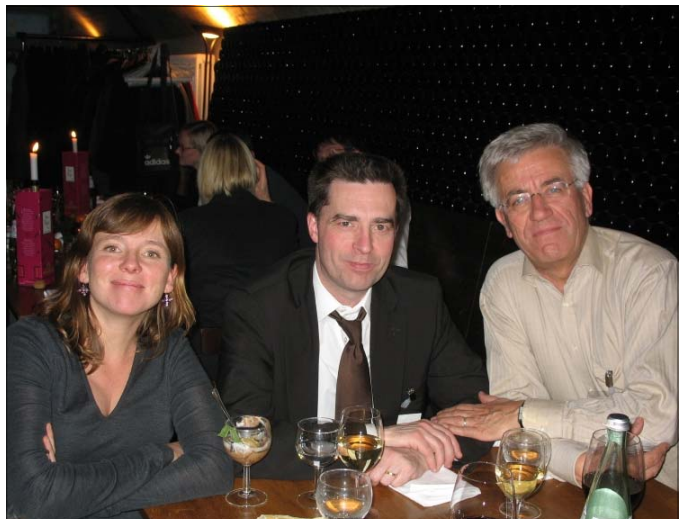
„Zwischen Altona und Batavia...“ sang Wolfgang Wodarg und brachte damit ein wenig maritimes Flair nach Berlin



Hanne-Marrit Grønning und Benjamin Seyd aus dem Büro Thönnies (li.), Gabi Hiller-Ohm mit ihrem Mitarbeiter Frank Lutoschka



Nicht alle verstanden den plattdeutschen Vortrag von Jörn Thießen, die ‚echten‘ Nordlichter der Landesgruppe aber hatten Spaß



Das Büro Bürsch fast komplett: Ruth Herzog, Serge Embacher und Michael Bürsch